

Berger, Ludwik

Article — Digitized Version

Die Industriepolitik in Israel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Berger, Ludwik (1959) : Die Industriepolitik in Israel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 6, pp. 336-340

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132815>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

In New York wird Zink per Kassa und Termin (jeden der elf auf den laufenden Kalendermonat folgenden Monate) täglich von montags bis freitags gehandelt, und zwar von 10.25 bis 14.45 Uhr New Yorker Zeit. Die Preise verstehen sich in Cents pro lb (0,4536 kg), und die Schwankungen sind jeweils ein Hundertstel eines Cents, gleich 6 \$ pro Kontrakt. Die New Yorker Kontrakteinheit ist 60 000 lbs bei einer Toleranz von 2 %. Die maßgebende Kontraktorte ist Prime Western, Lieferung East St. Louis, mit einem Maximalgehalt von 1,6 % Blei und 0,08 % Eisen. Weitere amerikanische

Sorten sind: Selected mit einer Gesamtverunreinigung bis zu 1 1/4 % (höchstens 0,8 % Blei und frei von Aluminium); Brass Special mit einer Reinheit von 99 % (maximaler Bleigehalt 0,6 %, maximaler Eisengehalt 0,03 %, frei von Aluminium); Intermediate mit einer Reinheit von 99,5 %; High Grade mit einer Reinheit von 99,9 % und schließlich Special High Grade mit einer Reinheit von mindestens 99,99 %. Kassa und Termin muß jede Kontrakteinheit ausschließlich aus einer der lieferbaren Sorten und ausschließlich aus einer der registrierten Marken bestehen.

Die Industriepolitik in Israel

Dr. Ludwik Berger, Tel Aviv

Ihrer Natur und ihrem Trend nach wurden die industriellen Investitionen Israels während der ersten Jahre nach der Staatsgründung durch die Bedürfnisse seiner Bevölkerung bestimmt, d. h. durch die Produktion von Konsumgütern, deren Umsatz oft durch eine inflationäre Kaufkraft künstlich stimuliert wurde. Die Auswahl der Investitionen wurde auch durch die beruflichen Qualifikationen der Einwanderer beeinflusst, die natürlich die Maschinen einsetzen wollten, die sie aus ihrer alten Heimat mitgebracht hatten, oder die Kapital besaßen, das bereits in bestimmten Waren angelegt war.

INVESTITIONSPOLITIK

Im Laufe der Jahre zeigten die industriellen Investitionen eine ausgesprochene Tendenz zu bestimmten Sektoren, auf die sie vom Staat hingelenkt wurden. Diese Tendenz basierte auf statistischen Daten über bestimmte Produktionssektoren oder machte sich von Experten ausgearbeitete Wirtschaftspläne zunutze.

Bei der Planung industrieller Investitionen beschränkte sich die Regierung darauf, Lizenzen für die Einfuhr von Maschinen zu erteilen, langfristige Kredite aus Entwicklungsfonds zu verlängern, den Ankauf von Maschinen aus dem Ausland zu genehmigen (entweder aus Anleihen oder zu Lasten der deutschen Wiedergutmachung), bewährten Unternehmen Steuernachlässe zu gewähren oder den Transfer von Deviseneinnahmen nicht ansässiger Investoren zu gestatten.

Die meisten Maßnahmen, die die Regierung ergriff, um den Trend und die Wahl der industriellen Investitionen zu lenken, bestanden in der Gewährung gewisser Rechte und Privilegien, nicht in der Verweigerung von Konzessionen für die Errichtung von Betrieben, wenn diese vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus als überflüssig angesehen wurden. Abweichungen von der ursprünglichen wirtschaftspolitischen Linie ereignen sich deshalb häufig im Wirtschaftsleben Israels. Für die ersten Jahre des zu untersuchenden Zeitraums (1948—1956) ist es ziemlich schwierig, eine klar umrissene Investitionspolitik zu erkennen.

Nach Ansicht von David Horowitz, Gouverneur der Bank von Israel, der viele Jahre als wirtschaftlicher Berater der Regierung tätig war, setzten sich die folgenden Prioritäten im Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit durch:

a) Investitionen für die Steigerung der Ausfuhr, besonders von Produkten, deren Wert sich durch Veredelungsarbeiten sehr erhöht;

b) Investitionen, die dazu bestimmt waren, die Einfuhr unentbehrlicher Waren zu senken;

c) Investitionen in Unternehmungen, deren Betrieb den geringstmöglichen Einsatz von Devisen erforderte.

Aber was betriebswirtschaftlich ein zweckmäßiger Kapitaleinsatz bei industriellen Investitionen zu sein schien, widersprach häufig dem Prinzip der Beschaffung von Arbeitsplätzen. Was für den einzelnen Investor lohnend war, war nicht immer für die Volkswirtschaft wünschenswert.

Der Anteil des privaten Sektors an den gesamten industriellen Investitionen von 1949 bis 1955 war vielen Schwankungen unterworfen. Von 50 % in der Zeit von 1951 bis 1952 fiel er auf 35 % für 1953 und stieg 1955 wieder auf über 70 %. Man sollte sich jedoch daran erinnern, daß seit Gründung des Staates auf dem Gebiet der privaten Investitionen der Kapitalanteil eine immer größer werdende Rolle spielte, der privaten Investoren von staatlich kontrollierten Instanzen geliehen wurde. Außerdem läuft unter dem Sektor von privaten Investitionen eine immer größer werdende Anzahl von genossenschaftlichen Unternehmen.

Zu den Summen für industrielle Investitionen in den Jahren 1956 und 1957, die 112 Mill. I£ bzw. 122 Mill. I£ betragen, sollten für 1956 34 Mill. I£ im Bergbau und 52 Mill. I£ in der Elektrizitätswirtschaft investierten Kapitals hinzugerechnet werden. Für 1957 betragen die Investitionen im Bergbau 35 Mill. I£ und in der Elektrizitätswirtschaft 44 Mill. I£.

INVESTITIONSFORDERUNG

Die industriellen Investitionen genossen in der Regel je nach dem Grade, zu dem sie mit der Wirtschaftspolitik der Regierung übereinstimmten, viele Vorteile, wie z. B. Kredite aus den Entwicklungsfonds oder anderen Fonds, die für die Beschaffung importierter Maschinen vorgesehen waren, bevorzugte Devisenkurse, langfristige Kredite für die Anschaffung von Maschinen, Steuererleichterungen, Betriebskredite usw.

Das Gesetz zur Ermutigung von Kapitalanlagen von 1950 (ergänzt 1955) bot einen Anreiz zur Förderung industrieller Investitionen. Dieses Gesetz gewährte die

folgenden Erleichterungen für sogenannte „genehmigte Unternehmen“: Einkommensteuererleichterungen, Befreiung von Registrierungsgebühren für Firmen und Landerwerb, Befreiung von Zöllen oder anderen indirekten Steuern; größere Abschreibungsmöglichkeiten für Maschinen und Gebäude; vereinfachte Zuteilung von Import- und Exportlizenzen und die Erleichterung des Transfers von Gewinnen für ausländische Unternehmen.

Eine besondere Regierungsstelle, das „Investment Center“, wurde eingerichtet, um das Gesetz zur Ermutigung von Kapitalinvestitionen durchzuführen. Diese Stelle hatte die Möglichkeit, wenn immer es ratsam schien, Erleichterungen zu gewähren und der Regierung langfristige Bodenpachtverträge für genehmigte Unternehmen zu empfehlen.

Bis zum 31. 12. 1957 waren 621 Einzelunternehmen, die von dem Investment Center anerkannt worden waren, ganz oder teilweise errichtet worden oder hatten sich verpflichtet, ihre Pläne durchzuführen. 488 Unternehmen waren bereits in Betrieb. Sie repräsentieren ein Investitionskapital von 141 Mill. I£ und 103 Mill. \$.

Im Laufe des Jahres 1957 genehmigte das Investment Center 104 Unternehmen mit einem Gesamtinvestitionskapital von 23 Mill. I£ und 23 Mill. \$ gegenüber 114 Unternehmen mit einem Investitionskapital von 57 Mill. I£ und 9 Mill. \$ im Jahre 1955. Die Erhöhung der Investitionen heimischen Kapitals gegenüber ausländischen Investitionen wird durch die erhöhte Anzahl von Genehmigungen für Anlagen in Gestalt von „Independence und Development Bonds“ verursacht, die in I£ umtauschbar sind. Ein anderer Grund war das Anwachsen der Investitionen aus blockierten Konten. Außerdem vergrößerte eine Anzahl genehmigter Unternehmen ihre Anlagen und erhöhte ihre Produktivität durch Anlage ihrer Gewinne und neuen Kapitals. Die strenge Einhaltung der Regel, daß Importlizenzen auf Ausrüstungen und Waren zu beschränken sind, die in Israel nicht hergestellt werden können, bewirkte, daß ein großer Teil der erforderlichen Ausrüstungen und Materialien in Israel hergestellt und in Israelischen Pfunden bezahlt werden konnte. Zu Beginn des Jahres 1956 wurden von der Regierung Modifikationen der Bestimmungen über die Investitionen von Einwanderern vorgenommen. Ein

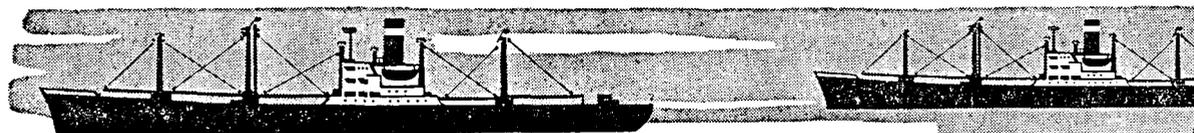
neuer Plan für die Förderung kleiner und mittlerer Investitionen von Einwanderern aus einem Spezialfonds, der für diesen Zweck abgezweigt wurde, hat das Ziel, die Einrichtung von Werkstätten, Fabriken und Dienstleistungsbetrieben zu begünstigen.

INVESTITIONSZIELE

Die meisten Investitionen für den Bergbau und die Erschließung der Bodenschätze wurden durch Regierungsmittel ermöglicht. Investitionen der Regierung wurden in folgenden Unternehmen vorgenommen: Israel Quarries Ltd., Negev Phosphates Ltd., Dead Sea Works, Clay and Fine Sands Ltd., Dead Sea Bromine Works, Chemicals and Fertilizers Ltd. und andere Entwicklungsprojekte. Am 31. 3. 1956 waren in diesen Unternehmen insgesamt 76,8 Mill. I£ investiert worden.

Die Israel Quarries Ltd. beschränkt sich hauptsächlich auf den Kupferbergbau. Eine jährliche Kupferproduktion von 7 000 t im Werte von etwa 5 Mill. I£ (zu gegenwärtigen Preisen) soll erzielt werden. Die gesamte Produktion ist für den Export bestimmt. Im übrigen gehören Forschungs- und Laborarbeiten zu den Aufgaben dieses Unternehmens. Außerdem machte diese Firma Versuche mit dem aus dem Menara-Vorkommen geförderten Eisenerz, prüfte die Möglichkeiten für die Einrichtung von Manganwerken und führte geophysikalische Versuche und Forschungsarbeiten in Verbindung mit Phosphorsäure, schwefelsaurem Kali, Ammoniumphosphat, Natriumphosphat und verschiedenen Salzen durch.

Die Negev Phosphates Ltd. hat ihren Ausstoß in vier Produktionsjahren vervierfacht. Die Qualität ihrer Erzeugnisse hat sich auch merklich verbessert. Die Ausfuhr von Phosphaten begann im Jahre 1956 und erreichte Ende 1957/58 27 000 t. Die bekannten Lager von Rohphosphaten werden auf etwa 15 Mill. t geschätzt, und man nimmt an, daß die noch nicht erforschten Reserven gleich groß sind. Die Dead Sea Works nahmen den Abbau der Mineralsalzablagerungen im Toten Meer auch erst im Jahre 1956 auf, nachdem neue Ausrüstungen installiert worden waren. Im Oktober 1956 erreichte die monatliche Produktion 6 300 t. Die Schätzungen für den Absatz basieren auf der Annahme, daß künftig etwa 80 000 t produziert werden.



Wöchentliche Fracht-Schnelldienste nach den USA

Wöchentliche Abfahrten von Bremen, Bremerhaven und Hamburg direkt nach New York und anderen amerikanischen Häfen. — Weitere Dienste von den USA nach Australien und Fernost.

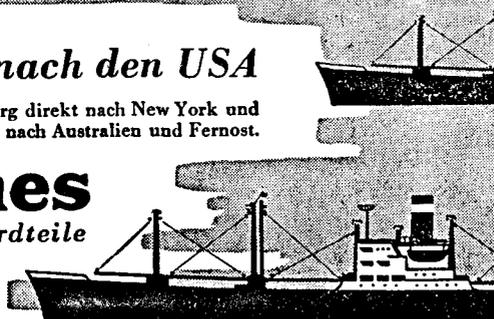
United States Lines

53 moderne Frachter verbinden vier Erdteile

HAMBURG
Telefon: 32 16 71
Fernschr.: 021 2873

BREMEN
Telefon: 3008 11-17
Fernschr.: 024 4307

BREMERHAVEN
Telefon: 69 51-53
Fernschr.: 02 3716



Ein neugegründetes Unternehmen der Dead Sea Works, die Dead Sea Bromine Company, wurde zu dem Zweck errichtet, jährlich 2 000 t Brom und 1 500 t Bromid zu produzieren. Die gesamte Produktion ist für den Export vorgesehen. Der Durchschnittspreis für Brom liegt bei etwa 500 I£ pro t.

Die Chemicals and Fertilizers Ltd. nahm die Produktion von Ammoniak und Ammoniumsulfat Ende 1956/Anfang 1957 auf.

In den Jahren 1949 bis 1955 wurden aus dem Entwicklungsfonds 33 Mill. I£ in der Elektrizitätswirtschaft investiert. Die Mehrzahl dieser Investitionen wurde von der regierungseigenen Palestine Electric Corporation (PEC) im Rahmen der deutschen Wiedergutmachung durchgeführt. Bis März 1956 hatte die PEC Maschinen im Werte von etwa 63 Mill. DM (etwa 15 Mill. \$) erhalten. Ausrüstungen im gleichen Wert wurden Anfang 1957 geliefert. Die PEC konnte diese riesigen Investitionen aus Krediten finanzieren, die ihr für 8 bis 10 Jahre zur Verfügung gestellt worden sind. Außerdem nahm sie zwei Anleihen von insgesamt 16 Mill. I£ auf.

Die Strompreise für industrielle Zwecke sind in Israel — verglichen mit vielen Städten in den USA — niedrig. Diese niedrigen Preise drücken sich auch in den Aufwendungen für Kraftstrom aus, die nach den vom Statistischen Zentralbüro veröffentlichten Zahlen 0,9 % der gesamten Produktionskosten betragen.

Die Mittel, die in Israel für die Erdöl suche investiert wurden, zeitigten im September 1955 die ersten Resultate, als bei Heletz Öl vorkommen entdeckt wurden. Ein besonderes Erdölgesetz wurde im August 1952 erlassen. Nach diesem Zeitpunkt begannen Prospektoren Konzessionen zu beantragen. Konzessionen wurden u. a. folgenden Unternehmen gewährt: Lapidot, Israel Oil Prospectors Ltd., Mazada United Petroleum Drilling Comp. Ltd., Israel Mediterranean Petroleum Inc., Pan-Israel Oil Co. Inc., Tri Continent Drilling Co. Inc., Israel Continental Oil Co. Ltd., Sharon Plains Oil Corporation, Naphta-Israel Petroleum Corp. Ltd. und Judee Petroleum Corp. of Israel Ltd. Die Erdölvorkommen wurden von den Gesellschaften Lapidot und Israel Oil Prospectors erbohrt. Von 1954 bis Ende 1957 wurden in Israel etwa 18 Mill. \$ und 27 Mill. I£ in Ölbohrungen investiert. Während des Jahres 1957 betrug die Förderung etwa 62 500 t Rohöl.

Neben Neuinvestitionen in verschiedenen Industrien wird es immer notwendiger, alte industrielle Ausrüstungen zu ersetzen, deren Leistungsfähigkeit nachgelassen hat. Das Haupthindernis für die Bereitstellung von Mitteln für diese Ersatzinvestitionen ist das Einkommensteuergesetz, nach dem die Abschreibungen in Übereinstimmung mit dem ursprünglichen Wert berechnet werden.

INVESTITIONSPLANUNGEN

Mehrere Versuche wurden unternommen, eine Planung zukünftiger Investitionen zu erreichen. Einer der wichtigsten Schritte in dieser Richtung war die Einrichtung eines beratenden Wirtschaftsbüros (Economic Advisory Office) im Jahre 1953. Diesem Büro gehörte eine Arbeitsgruppe hervorragender Fachleute aller

Richtungen, einschließlich der industriellen Produktion, an. Gleichzeitig waren Missionen für technische Hilfe der UNO und der USA in Israel tätig.

Nachdem das Economic Advisory Office aufgelöst worden war, wurde 1956 ein interministerieller Rat für industrielle Planungen geschaffen. Dieser Rat besteht aus leitenden Persönlichkeiten aus Finanz, Handel und Industrie, aus Vertretern der Entwicklungs- und Verkehrsministerien und der Shilumim Corporation, die die deutschen Wiedergutmachungsleistungen bearbeitet. Im Rahmen dieses Rates wurden 13 Unterausschüsse geschaffen, deren Aufgabe es ist, industrielle Investitionsplanungen über die nächsten 5 Jahre für die Nahrungsmittelindustrie, die Textilindustrie, die chemische Industrie, die Papierindustrie und die Elektrizitätswirtschaft zu erarbeiten.

Technologische Forschungen werden vom Wissenschaftlichen Beirat des Ministerpräsidenten durchgeführt. Dieser Beirat widmete der Erforschung der Bodenschätze am Toten Meer und dem Aufbau einer chemischen Industrie in diesem Gebiet besondere Aufmerksamkeit.

EXPORTFORDERUNG

1956 war das dritte Jahr, in dem die Regierung Israels systematische Anstrengungen unternahm, die industrielle Ausfuhr zu steigern. Von Ende 1955 bis Ende 1956 wurden diese Bemühungen tatsächlich sehr intensiviert. Die industriellen Exporte Israels betragen 1954 32,7 Mill. \$, 1955 32,6 Mill. \$ und 1957 48,6 Mill. \$ (ausschließlich Diamanten).

Bisher wurde der Export auf folgende Art und Weise unterstützt: Die Regierung finanzierte ganz oder zum Teil die Absatzförderung auf ausländischen Märkten und organisierte die Marktforschung in vielen Ländern. Sie förderte auch alle Maßnahmen, die geeignet waren, die Produkte gefälliger zu gestalten und mit amerikanischer Hilfe die Verpackungsmethoden zu verbessern. Das Handels- und Industrieministerium veröffentlichte Exportkataloge und andere den Export betreffende Publikationen. Bis Ende 1956 gab die Regierung durch die Banken etwa 13 Mill. I£ Kredite für den Export, indem sie durch die Garantie der Anleihen einen Teil des Risikos übernahm. Gleichzeitig wurde ein Institut für die Versicherung von Exportrisiken und für Exportkredite gegründet, und die Bank von Israel stellte Exporteuren durch Rediskontierung Kredite zur Verfügung. Seit 1956 ist eine 50%ige Senkung der Kriegsrisikoprämien denjenigen Firmen gewährt worden, die mehr als 40 % ihrer Produktion exportieren. Bis zum August 1956 hatte die Regierung bei Exporten eine Subvention von 0,5 I£ je Dollar der erzielten Wertsteigerung gezahlt. Diese Beteiligung an den Produktionskosten wurde im August 1956 auf 0,7 I£ und im Februar 1957 auf 0,85 I£ erhöht, um die Exportpreise zu senken.

PROTEKTIONISMUS

Der Gedanke, daß die heimische Produktion geschützt werden müsse, ist ein Erbe der Zeit vor der Staatsgründung. Während der Mandatszeit hatte dieser Wahlspruch einen besonderen Klang, da er von den einheimischen Konsumenten ein Opfer zugunsten der heimischen Produktion forderte. Er war auch eine Waffe gegen die Mandatsregierung, die die Entwick-

halb von anderen Unternehmen abhängen, deren Aufgabe die vorangegangenen oder folgenden Produktionsstufen sind. Deshalb gibt es viele kleine und mittlere Unternehmen in den Zwischenstufen der Produktion, während sich nur wenige mit den ersten und letzten Stufen befassen. Diese wenigen beherrschen den Markt.

Unter den strukturellen Besonderheiten des israelischen Marktes, die zur Bildung von Kartellen geführt haben, muß das Lizenzsystem bei der Einfuhr der für die Produktion erforderlichen Rohstoffe erwähnt werden. Dieses System, nach dem Lizenzen nach Quoten erteilt werden, ist seit der Staatsgründung in Kraft. Es hat Bedingungen herbeigeführt, die denen anderer Länder

mit industriellen Rohstoffkartellen gleichen, da dieses System Quoten und Preisbestimmungen festlegt. Außerdem existiert neben der Neigung zu industriellen Investitionen die Furcht verschiedener Industriezweige vor einer Überproduktion. Diese Faktoren haben sowohl Investoren als auch eingesessene Produzenten dazu veranlaßt, durch Kartelle zu einem gegenseitigen Einvernehmen zu gelangen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß bisher noch niemals neue industrielle Investitionen zur Liquidation älterer Investitionen im selben Industriezweig geführt haben. In der Mehrzahl der Fälle führten sie zum Abschluß von Vereinbarungen, die die Gewinnspanne auf der Basis höherer Produktionskosten festsetzten.

Neue Richtlinien in der Wirtschaftspolitik Bulgariens

Prof. Dr. D. Toscheff, Sofia

Die Volksrepublik Bulgarien hat in den letzten zwei Jahren seit der Plenarsitzung der Kommunistischen Partei Bulgariens im April 1957 durchgreifende politische und wirtschaftliche Umwälzungen erlebt. Der Grad der Industrialisierung wurde beträchtlich erhöht, das gleiche gilt für das Volkseinkommen. Die sozialistischen Eigentumsformen in der gesamten Volkswirtschaft haben sich fast völlig durchgesetzt. Die Leitung der Betriebe wurde wesentlich verbessert. Diese Erfolge schufen die Voraussetzungen für die im Januar verkündeten neuen Regierungsbeschlüsse. Man kann bei diesen Maßnahmen in gewissem Sinne von neuen Richtlinien für die weitere Entwicklung der langfristigen Politik der KP B zur Verwirklichung des Sozialismus sprechen. Ihre Durchführung wird zu wesentlichen Veränderungen in der Organisation der Wirtschaft führen und eine ganze Reihe von neuen Problemen aufwerfen, deren theoretische Bedeutung wie praktische Auswirkung bereits zu lebhaften Diskussionen in der Fachpresse geführt haben.

DEZENTRALISIERTE WIRTSCHAFTSVERWALTUNG

Die neuen Maßnahmen, die auf dem Gebiet der Volkswirtschaftspolitik angekündigt wurden, führen zu einer fast völlig neuen Organisation in der Leitung der Volkswirtschaft. Ihre theoretische Begründung liegt in der weiteren konsequenten Durchführung der Dezentralisierung und Demokratisierung der Leitung der Volkswirtschaft, die bereits nach den Beschlüssen der Plenarsitzung der KP B im Jahre 1957 begonnen wurden. Es handelt sich hier um eine neue Organisationsform der Leitung der Volkswirtschaft und weiter um eine Vereinfachung und Verbilligung des Staatsapparates, der mit der Führung der Volkswirtschaft betraut ist. Das Prinzip der Dezentralisierung bedeutet aber in keinem Fall eine völlige Loslösung der Betriebe von der zentralen Leitung. Es handelt sich vor allem um eine Erweiterung der Rechte der örtlichen Staatsorgane in der Leitung der Betriebe und an zweiter Stelle um die Erweiterung der Befugnisse der Kollektiven mit dem Ziel, die Eigeninitiative der Werktätigen in den Betrieben weiter anzuspornen.

Bei der Beurteilung dieser Maßnahmen der bulgarischen Regierung muß man immer von der Tatsache ausgehen, daß in zwei Richtungen bedeutende volkswirtschaftliche Wandlungen bereits eingetreten sind: Einmal durch die Bildung von größeren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Während es noch vor einem Jahr rund 3 650 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gab, ist ihre Zahl heute auf etwa 625 zurückgegangen. Die Bodenfläche, die durchschnittlich zu einer Produktionsgesellschaft gehört, beträgt heute etwa 7 000 ha gegenüber früher höchstens 2 000 ha bei den größten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Inzwischen hat sich ein Zusammenschluß von mehreren kleineren Genossenschaften vollzogen. Zweitens durch Spezialisierung und Kooperation örtlicher Betriebe, die auf Grund der Rationalisierungsmaßnahmen erfolgten.

Diese bedeutenden Ereignisse haben zu einer räumlichen Umgestaltung der Wirtschaft geführt. Man kann die neuen Beschlüsse der bulgarischen Regierung nur dann richtig einschätzen, wenn man von den tiefgreifenden Änderungen in der Organisation der Wirtschaft und von der konsequenten Durchführung des Dezentralisierungsprinzips in der Wirtschaftsleitung ausgeht. Statt der bisherigen 13 Bezirke und 117 Kreise im Lande bleiben in Zukunft etwa 30 administrative Einheiten. Die staatlichen und wirtschaftlichen Funktionen auf dem Territorium der neuen Verwaltungsbezirke werden im Volksrat ausgeübt. Das lokale Organ des Staates ist der Gemeinderat. Die Gemeinden werden durch Zusammenschluß mehrerer Dörfer erheblich vergrößert. In jedem einzelnen Dorf bleibt jedoch ein amtlich Beauftragter der übergeordneten Zentralverwaltung, an deren Weisungen er gebunden ist.

Die Hauptaufgaben der neuen Kreisvolksräte bestehen sowohl in der Aufstellung eines Volkswirtschaftsplans wie auch in der Leitung aller Betriebe in ihrem Bezirk. Ferner sind sie mit der Einrichtung und Verwaltung des Bildungs-, Erziehungs- und Gesundheitswesens beauftragt.